

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Erstreiband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 25.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Die Jahrgangspostkommissionen über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Postgebühren. Verkaufte Anzeigen: Das letzte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.00 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Zahlungsausschub bewilligt

## Renaudel über die französische Kabinettkrise / Die Bedingungen für den Zahlungsausschub

### Die Krise in Frankreich

Von Pierre Renaudel-Paris  
Mitglied der Kammer.

Es ist natürlich recht schwer, eine sachliche Meinung über politische Ereignisse abzugeben und die Aussichten der Zukunft zu erörtern, wenn man fern von Dingen weilt, und wenn man nicht die Zeitungen des eigenen Landes zur Hand hat, die es möglich machen, die Einzelheiten und die Schattierungen der Geschehnisse zu erkennen.

Was ich sagen kann, ist folgendes: Briand hat sich sicher Mühe gegeben, angesichts der europäischen Schwierigkeiten, die durch den Krieg hervorgerufen sind, eine politische Gesellschaft in Anpassung zu treiben. Aber das Parlament des nationalen Blochs hat ihn nur sehr mangelhaft unterstützt. Trotzdem ist es schwer zu glauben, daß die Kammer ihn während der Dauer der Konferenz von Cannes gestützt hätte, wenn er die Debatte fortgesetzt hätte. Ich möchte daher annehmen, daß es einerseits wahr ist, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung wohl bestanden, und daß diese durch den gegenwärtigen Präsidenten der Republik verschärft wurden. Andererseits freilich hat Briand das Ministerium nicht ungern ohne Abstimmung aufgegeben. So ist seine persönliche politische Stellung intakt geblieben.

Mehr als das. Vielleicht hat Briand geglaubt, für die Zukunft zu arbeiten. Er weiß sehr wohl, daß diese Kammer kein ewiges Leben hat, und daß sie sich von dem gegenwärtigen Augenblick an in einem tiefen Gegensatz zum Lande befindet. Er weiß, daß das nächste Parlament, mag es im Jahre 1924 gewählt werden, oder mag eine Kammerauflösung notwendig werden, um das Land zu befragen, eine ganz andere Zusammensetzung haben wird. Die Wählerschaft wird sich nach links wenden, und Briand wird nicht unglücklich darüber sein, daß er unter dem Druck der Rechten gegangen ist, während die Linke seine Politik billigte.

Der Sturz des Ministeriums wird wahrscheinlich der Ausgangspunkt einer Krise sein, die tiefer geht, als eine einfache Parlamentskrise. Wenn es wahr ist, daß der Präsident der Republik sich persönlich engagiert hat, werden sich die Rückschlüsse möglicherweise innerhalb weniger Monate bemerkbar machen.

Auf alle Fälle kann man annehmen, daß Poincaré imstande ist, eine Politik zu treiben, die sich von der, die man Briand zum Vorwurf macht, wesentlich unterscheidet. Briand soll, wie seine Gegner von der Rechten sagen, zu schwach gegenüber Deutschland gewesen sein, zu nachgiebig gegenüber der englischen Politik. Aber Poincaré, mag er noch so obstinat und rachsüchtig sein, ist zu intelligent, um nicht zu verstehen, daß die Politik der reinen Gewalt selbst in Frankreich auf energischen Widerstand stoßen wird, und daß sich Frankreich, nur wenn es sich noch mehr isolieren will, in einen unmittelbaren und brutalen Widerspruch zur englischen Politik stellen darf. Man sagt, daß er daran denke, Radikale vom Schlage der Doumergue, Herriot und François Albert an sich heranzuziehen. Er würde auf diese Weise der Linken sozusagen gewisse Sicherheiten bieten (mit Ausnahme natürlich, wie sich von selbst versteht, der sozialistischen Linken). Es wird dann sehr interessant sein, die Enttäuschung des nationalen Blochs zu verfolgen. Aber wenn die Dinge nicht in dieser Art laufen, wird sich die allgemeine Krise sehr schnell verschärfen und sich dann die Ohnmacht Poincarés herausstellen.

Im übrigen sieht sich Poincaré einer sozialistischen Fraktion gegenüber, die immerfort vor der Kammer die positiven Lösungen vortragen wird, die nach ihrer Ansicht möglich und notwendig sind. Sie wird wahrlich nicht auf die Kritik verzichten, die eine Politik der Brutalität und der Isolierung verdient.

### Das Kabinett Poincaré

(Havas.) Paris, 13. Januar.

Poincaré hat die Bildung des Kabinetts endgültig übernommen. Nach bisher noch nicht bestätigten Nachrichten soll sich das Ministerium folgendermaßen zusammensetzen: Vorsitz und Auswärtiges: Poincaré; Justiz und Vizepräsident: Raiberti oder De Selve; Inneres: Mounour; Kriegsministerium: Maginot oder Barthelemy; Marine: Loubet; Finanzen:

Delafrenrie; Handel: Francois Marsal oder Bolanowski; Unterricht: Leon Berard; Ackerbau: Jean Durand; Kolonien: Sarraut; Arbeitsministerium: Dariau oder Colrat oder Jourdain; Öffentliche Arbeiten: Le Trocquet; Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten: Reibel; Weitere Unterstaatssekretäre: Aubignu, Dutreil, Lorin, Joseph Barthelemy, Kollin, Villenau.

### Die Bedingungen für Deutschland

Cannes, 13. Januar.

Die deutsche Delegation war zu heute mittag 12 Uhr im Rautschen Klub zu einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates und der Reparationskommission geladen. Liond George teilte mit, daß der Oberste Rat zu der Entschlieung gekommen sei, daß er in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortfahren könne; es sei daher beschlossen worden, die Konferenz zu vertagen. Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden wäre, insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Befriedigung habe er den gestrigen Ausführungen Dr. Rathenau's entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas teilzunehmen gewillt sei. Er bedauere, daß der deutschen Delegation Ungelegenheiten bei den Verhandlungen erwachsen seien, die durch den Abbruch der Konferenz unterbrochen werden mußten. Die übrigen Delegationen befänden sich in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe vertagt werden müssen. Soweit aber das Erlaß der deutschen Regierung um ein Moratorium in Betracht komme, werde die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen.

Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, die nachstehende Entscheidung: Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und am 15. Februar 1922 fälligen Raten zu gewähren, soweit diese Zahlungspflichten durch geleistete oder noch zu leistende Barzahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus dem Recovery Act, die schon eingegangen sind, oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden, nicht schon gedeckt sind, und zwar unter Vorbehalt der nachstehenden Bedingungen:

1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 13. Januar 1922.
2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922.
3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den oben unter 2. erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben.

Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlich während der vorläufigen Verzugsfrist gezahlten Beträgen und den auf Grund des Londoner Zahlungsplanes fälligen Summen fällig wird und zu zahlen ist innerhalb 14 Tagen, gerechnet von dem Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung. Wenn der Entwurf und das Programm der Reparationskommission vorliegen, werden sie sofort von ihr den alliierten Regierungen übermitteln, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheidet.

Reichsminister a. D. Dr. Rathenau erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz in Genua Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung lehne der Uebermittlung des Einladungsprojekts entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Rückzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Bemerkung des MW.: Die hier vorliegende Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorsieht, ist der Reichsregierung heute in später Abendstunde bekannt geworden. Die Reichsregierung wird morgen vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten.

### Ein Schritt vorwärts

Die Reparationskommission hat Deutschland den Zahlungsausschub bewilligt. Noch ist nichts Näheres über das Stimmenverhältnis bekannt. Aber es ist anzunehmen, daß die französische Stimme kaum für den Ausschub abgegeben worden ist. Nach den Bestimmungen des Versailleser Vertrages ist Einstimmigkeit nicht erforderlich, es genügt die Majorität. Und so will dieser Beschluß, der in dem Augenblick kommt, in dem Herr Poincaré sich ansieht, die Regierung zu übernehmen, fast wie eine Demonstration wirken. Und eine Mahnung, in welche unmögliche Lage sich Frankreich bringen würde, wenn es sich selbst isolierte. Ob dieser gefährliche Versuch wirklich von Poincaré unternommen werden wird, steht dahin. Wir halten es noch immer für das wahrscheinlichere, daß der ökonomische Zwang sich durchsetzen wird. Trotz aller nationalistischen Unvernunft und den Illusionen der Gewaltpolitiker. Dies umsomehr, da die Einberufung der europäischen Wirtschaftskonferenz auch nach dem Sturz Briand's gesichert ist und das Reparationsproblem durch die Gewährung des Zahlungsausschubes aufgelöst bleibt. Bei dem innigen Zusammenhang, der zwischen den allgemeinen europäischen Wirtschaftsfragen und der deutschen besteht, kann Frankreich sich auf die Dauer dem Druck der gesamten europäischen Interessen nicht entziehen. Und diese fordern den Bruch sowohl mit der Gewaltpolitik als mit unerfüllbaren finanziellen Bedingungen.

Bei dem vom Obersten Rat bewilligten Zahlungsausschub handelt es sich um ein Provisorium, das offenbar nur als kurz dauernd betrachtet wird. Der ursprüngliche Plan, der die Gesamtzahlung für das nächste Reparationsjahr regeln und unsere Zahlungen auf eine halbe oder dreiviertel Milliarden festsetzen wollte, ist offenbar infolge des französischen Regierungswechsels zunächst fallengelassen worden. An seine Stelle tritt die Verpflichtung, zunächst alle zehn Tage 31 Millionen zu zahlen. Zugleich muß die Regierung innerhalb 14 Tagen ein festes Programm vorlegen, wie sie sich die Ordnung des Budgets und die künftigen Zahlungen vorstellt. Diese Frist scheint außerordentlich kurz, doch wird es notwendig sein, sie möglichst einzuhalten. Dann werden erst die weiteren Entscheidungen über das Reparationsproblem erfolgen, vermutlich wird man die Ergebnisse der europäischen Wirtschaftskonferenz und die weitere Entwicklung der französischen Politik abwarten. So bleibt zunächst eine Ungewißheit, die der ökonomischen Festigung sehr abträglich ist. Sie zu vermeiden, hat die französische Politik verhindert.

Für Deutschland ist aber zunächst das wichtigste, daß dieser Zahlungsausschub uns doch eine Erleichterung und eine Atempause gewährt. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der von uns vertretenen auswärtigen Politik, die sich endlich gegen alle nationalistischen und auch gegen die noch viel verbreiteteren Anschauungen durchgesetzt hat, die aus Einstichtseligkeit oder aus Angst vor dem Nationalismus sich zu dem Notwendigen nie entschließen konnte und aus ängstlichem Schwanken nie herauskam. Jetzt hat es sich klar gezeigt, daß der Weg der Erfüllung zugleich der einzige ist, der den Weg zur Ueberprüfung des Vertrages darstellt. Er bleibt auch weiter der einzige, und der Sturm, den die rechtsstehende Presse jetzt wieder gegen diese Politik unternimmt, wird wenig Erfolg haben. Denn so ernst und schwer auch unsere Lage bleibt, die der Krieg und seine wahnwitzige Verlängerung über Deutschland heraufbeschworen hat, so ist es doch ein Fortschritt, daß wir unsere Zahlungen hinauschieben können, ohne daß wir den Eintritt schwerster Repressalien zu fürchten brauchen, während die deutsch-nationale Politik uns längst in ein fürchterliches Chaos gestürzt, die Einheit des Reiches gefährdet und den Wiederaufbau Europas unendlich verzögert hätte.

Die Bedingungen, die gleichzeitig gestellt werden, machen es aber erforderlich, daß auch in der inneren deutschen Politik sich endlich die Vernunft durchsetzt. Die Reparationskommission fordert von der deutschen Regierung einen Finanzplan, der das Budget in Ordnung bringt und der Banknotenvermehrung ein Ende macht. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es dringend notwendig ist, sowohl im Interesse der inneren als in dem der äußeren Politik, endlich eine solche Steuerreform zustande zu bringen. Stets ist das an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Jetzt tritt zu der inneren Notwendigkeit der Zwang von außen. Eine letzte Frist ist uns gegeben, um die Einmischung des Auslands in unsere finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu vermeiden. Es handelt sich um die Behauptung eines wesentlichen Stücks unserer Freiheit und Selbstbestimmung. Wird jetzt endlich die Regierung mit der nötigen Energie



den Widerstand der Bestehenden gegen ihre Heranziehung zur Tragung der Lasten überwinden?

Die Arbeiterschaft jedenfalls muß jetzt alle Anstrengungen machen, um nicht zum Opfer der Steuerpolitik zu werden. Wir haben hier immer wieder den Weg zu einer wirksamen Heranziehung des Besitzes gezeigt und die Forderung der Erfassung der Sachwerte ist zur gemeinsamen Forderung aller Arbeiterorganisationen geworden. Wir haben diese Forderung in dem Manifest von Leipzig wieder erneuert. Jetzt muß alle Energie daran gesetzt werden, daß im gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiterklasse diese Forderung verwirklicht und die Steuerreform durchgeführt wird.

## Die letzte Sitzung in Cannes

CC. Cannes, 13. Januar.

Der Oberste Rat versammelte sich heute vormittag um 11 Uhr zum letzten Male in Cannes. Die Sitzung dauerte bis 12.30. Lloyd Georges verlas als Vorsitzender der Konferenz das von Briand geleitete Telegramm. Der Oberste Rat sprach sein Bedauern über den Rücktritt Briands aus, und Lloyd George schlug die Abfertigung eines Telegramms an Briand vor, worin diesem für den Empfang des Obersten Rates auf französischem Boden und für die Art und Weise der Dank ausgesprochen wird, wie er dazu beitrug, daß die Konferenz von Cannes Ergebnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas erzielen konnte. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Ergebnisse Früchte tragen werden. Der Oberste Rat besprach dann die durch die Abreise der französischen Delegation geschaffene Lage, und es wurde erklärt, daß die getroffenen Entscheidungen bestehen bleiben sollen. Insbesondere wurde darauf verwiesen, daß die Konferenz von Genoa zusammenzutreten werde. Sonst wurde mit der Berücksichtigung der Einladungen beauftragt. Diejenigen Vorschläge, die noch nicht endgültig gefaßt worden waren, sollen Gegenstand neuer Erwägungen bilden. Hiernach folgten die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

## Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré

Paris, 13. Januar.

Lloyd George, der heute nachmittag Cannes verlassen hat, wird morgen in Paris sein und eine Unterredung mit dem neuen Ministerpräsidenten Poincaré haben. Nach dem „Intransigent“ soll Lloyd George auch den Präsidenten der Republik Millerand, um eine Unterredung gebeten haben.

## Die deutsche Delegation auf der Rückreise

Cannes, 13. Januar.

Die deutsche Delegation reist heute abend 10 Uhr nach Paris ab und trifft am Sonntag in Berlin ein.

## Pariser Pressstimmen

Paris, 13. Januar.

Andre Tardieu schreibt im „Echa National“: Briand habe begriffen, daß weder Parlament noch Land ihm folgten, aber durch die Form, die er seinem Rücktritt gegeben habe, habe er daraus ein politisches Manöver gemacht, das alle Bürger verurteilen, denen am nationalen Interesse gelegen sei. Briand habe die Kammer verhindert, durch Reden oder Abstimmungen ihre Meinung kundzugeben. Briand habe durch seine Politik die Allianz mit England in einen Krisenzustand geführt, aus dem seine Nachfolger sie wieder herausführen müßten.

Alfred Capus schreibt im „Gaulois“: Die Politik Briands sei bekannt, aber nicht die der parlamentarischen Mehrheit. In welcher Richtung müsse der nationale Block die äußere Politik des Landes fahren? Mit wagen Formeln und Reden könne man sich nicht ewig zufriedener erklären. Es komme die Stunde, in der man handeln müsse, handeln aber heiße vor allen Dingen: Aufklärung geben. Briand hinterlasse eine Politik, die als Politik der französisch-englischen Allianz bezeichnet werden müsse. Deren Bedingungen und Klauseln seien gewiß abzuändern, und das System sei weit davon entfernt, vollkommen zu sein. Das Problem sei, die Allianzen Frankreichs mit seinen Interessen und seinem Recht zu verbinden.

„Canterne“ schreibt: Jede künftige Regierung werde das Opfer eines unheilbaren Antagonismus sein. Sie müsse eine mögliche Politik betreiben und auf die sinnlose Politik verzichten, von der die Kandidaten des nationalen Blocks träumten, als sie ihren Wählern läckenlose Reparationen und die Milliarden des besiegten Deutschland versprochen.

## Englisch-französischer Garantievertrag

Paris, 13. Januar.

Der Entwurf des vorgesehenen französisch-englischen Garantievertrags wird heute nachmittag veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut: Angesichts der Tatsache, daß Frankreich innerhalb eines Menschenalters zweimal von Deutschland bekrigt wurde und daß Frankreich noch tief unter den Verwüstungen leidet, die auf den Feind zurückzuführen sind, das französische und das englische Volk einen schrecklichen Tribut an Menschenleben und Geld bezahlt haben, um den Einfall der deutschen Heere zurückzuweisen, daß die Wohlfahrt der europäischen Völker und der wirtschaftliche Aufbau der Welt durch den langen Krieg tief erschüttert wurde, sowie endlich, weil Sicherheitsbürgschaften Frankreichs gegen einen zukünftigen Einfall Deutschlands unerlässlich sind für die Wiederherstellung der Festigkeit Europas, für die Sicherheit Großbritanniens und den Weltfrieden, und da die in den Artikeln 42, 43 und 44 des Friedensvertrags von Versailles enthaltenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen zur Verteidigung der wesentlichen gemeinsamen Interessen der hohen Vertragschließenden sowie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa, haben der König von England und Präsident der französischen Republik folgende Abmachungen getroffen:

1. Im Falle eines direkten und nicht herausgeforderten Angriffs gegen das Gebiet von Frankreich durch Deutschland wird sich Großbritannien sofort mit allen seinen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft an die Seite Frankreichs stellen.

2. Die hohen Vertragschließenden bekrigen aufs neue das gemeinsame Interesse, das die Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrags von Versailles für sie haben. Sie werden sich gegenseitig verständigen, wenn eine Verletzung der angeführten Artikel droht oder wenn ein Zweifel über ihre Auslegung entsteht.

3. Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich außerdem, sich gegenseitig zu verständigen im Falle militärischer Maßnahmen irgendwelcher Art, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind und von Deutschland ergriffen werden.

4. Dieser Vertrag bildet keine Verpflichtung für irgendein Dominion des britischen Reichs, es sei denn, daß das Dominion ihn genehmigt habe.

5. Der gegenwärtige Vertrag wird für die Dauer von zehn Jahren in Kraft bleiben und kann nach Ablauf dieser Zeit durch gemeinsame Abkommen erneuert werden.

## Besuch in den Rostfrohwerken

Dresden, 13. Januar.

Wie Wolffs sächsischer Landesdienst aus Pirna meldet, waren gestern die zum Parteitag der Unabhängigen in Leipzig erschienenen Vertreter der sozialdemokratischen, der Abgeordnete Renaudel und der Parteisekretär Grumbach aus Paris nach Heidenau gekommen, um sich über die Waffenfabrik in den Rostfrohwerken zu informieren. Der Abgeordnete Renaudel schilderte die chauvinistische Bewegung in Frankreich, die durch diesen Heidenauer Fall von der französischen Presse noch mehr geschürt worden sei und begründet die feindselige Haltung des französischen Volkes gegen Deutschland mit der großen Furcht, die Frankreich noch immer vor Deutschland habe. Renaudel und seine Genossen seien jedoch mit allen Mitteln bestrebt, die chauvinistisch-nationale Hege in Frankreich zu bekämpfen.

## Die russische Hungersnot

Berlin, 13. Januar.

Das deutsche Rote Kreuz teilt namens des internationalen Ransenskomitees für die Rußlandhilfe folgendes mit: Als englischer Vertreter ist Sir Benjamin Robertson in Moskau eingetroffen. In einer Unterredung mit Ransens Vertreter, Herrn Gorvin, teilte Kameneff mit, die Sowjetregierung habe für die Hungerhilfe bisher acht Millionen Goldrubel ausgegeben und bereite die Ausgabe weiterer drei Millionen Goldrubel für den Ankauf von Lebensmitteln im Ausland vor. Kameneff betonte die Wichtigkeit, Traktoren für die Frühjahrspflanzung zu beschaffen, ohne Traktoren würde die bestellte Fläche geringer als im Vorjahre sein und damit das Lebensmittelproblem sich noch schwieriger gestalten. Oberst Hasell teilte mit, daß von amerikanischer Seite mehr als eine Million Kinder in den Hungergebieten in Moskau und in Petersburg ernährt würden. Fünf Schiffsabladungen mit Lebensmitteln würden in den nächsten fünf Wochen erwartet. Die Schwierigkeit des Transportes bestehe weniger auf den Eisenbahnlinien; sie beruhe mehr auf dem drückenden Mangel an Futter für die Pferde.

Nach einer Meldung aus Moskau sind im Dezember bei der Zentralhilfskommission für die Hungernden im ganzen 13 167 Millionen Rubel eingegangen. Die Gesamtsumme der Spenden beläuft sich nunmehr auf 43 858 Millionen Rubel. Berausgabte sind im Dezember 16 Milliarden Rubel, insgesamt bisher rund 58 Milliarden Rubel.

## Lebensmittelforderungen nach Rußland

Die American Relief Administration (ARA) in der Lage, Lebensmittelforderungen an Einzelpersonen wie auch an Wohltätigkeitsorganisationen in Rußland zu übernehmen. Zur Zeit können diese Lebensmittelforderungen nach dem Teil Rußlands erfolgen, der begrenzt wird im Norden von Petersburg, im Süden von Odessa, Krasnodar und im Osten von Ufa und Orenburg. Das Gebiet der ARA und des Ransens kann vorläufig noch nicht besetzt werden. Die Auslieferung der Pakete an den betreffenden Empfänger erfolgt aus den vorhandenen Lebensmittellagern, die bereits zu Zwecken der Rinderpflanzung in Rußland errichtet worden sind. Die jeweiligen Aufträge können bis zum Höchstbetrag von 50 Dollar für einen Empfänger und zum Höchstbetrag von 500 Dollar für eine Wohltätigkeitsorganisation gegeben werden. Da der Hauptzweck der Organisation die Speisung unterernährter Kinder ist, wird beabsichtigt, jeden aus dem Lebensmittelverlauf gemachten Verdienst an die russische Rinderpflanzung zu überweisen. Der Empfänger erhält dabei 4 des Gegenwerts der Einschulung in Lebensmitteln geliefert, während 1/4 der russischen Rinderpflanzung zusteht. Ein Lebensmittelpaket für 10 Dollar wird etwa enthalten: 50 lbs weiches Mehl, 25 lbs Reis, 20 Wachsen Milch, 10 lbs Fett, 10 lbs Zucker, 5 lbs Tee. Die Aushandigung der Lebensmittel an den Empfänger erfolgt in den russischen Ausgabestellen der A. R. A., evtl. auch durch Zuwendung der sofortig verpackten Lebensmittel unter voller Goldwertversicherung des Inhalts durch die Post, aber auf eigene Gefahr des Empfängers.

Für Deutschland sind Lebensmittelaufträge nach Rußland einzulanden an das Bureau der A. R. A. in Hamburg, Fernstraße 56. Sobald die Auslieferung der Lebensmittel erfolgt ist, erhält der Käufer der Lebensmittelanweisung die Originalquittung des Empfängers zugestellt. Strafamt Sonnenburg untersucht.

## Opposition gegen Horthy

(Zitel.) Wien, 13. Januar.

Die ungarischen Emigrantenblätter berichten, daß die Tage der Herrschaft Horthys gezählt seien. In der Nationalversammlung spreche man schon offen von seiner Entsetzung. Horthy sei sich seiner kritischen Lage bewußt und habe sogar dem Korrespondenten eines schwedischen Blattes erklärt, er werde sich, für den Fall, daß er seinen Posten verlassen sollte, nach Schweden begeben.

In einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung erklärte der Abgeordnete Rassy (oppositionelle kleine Landwirtschaftspartei), die Nationalversammlung müsse noch vor ihrer Auflösung die Amisdauer des Reichsverweilers bekrigen. In den Wahlen müsse das Volk unbedingt gefragt werden, welche Staatsform es wünsche. Rassy legte einen Antrag vor, durch den die Bestimmung des Habsburgergesetzes durch die Bestimmung ergänzt werden soll, daß sämtliche lebende Mitglieder des Hauses Habsburg von der Thronfolge ausgeschlossen seien. Rassy erklärte zum Schluß, falls die Freiheit der Wahlen nicht unbedingt gewährleistet werden würde, werde er an die ausländische Kulturwelt appellieren.

## Deutsches Geld im Auslande

### Eine Aenderung des deutschen Reichsbankgesetzes

Der Reichsrat hat am Donnerstag ein Gesetz über den Kassembestand der Reichsbank beschlossen. Dies Gesetz ist die Ausführung des Abkommens, das zwischen dem Reichsbankpräsidenten Kavenstein und der Bank von England geschlossen worden ist. Die Beschaffung von Devisen durch die Reichsbank begegnete bisher, auch insolge von Ausschweifungen der Spekulation, großen Schwierigkeiten. Die Reichsbank beabsichtigt nunmehr, einen Betrag an Gold, zunächst 50 Millionen Mark, bei der Bank von England zu hinterlegen und nach dem Bedürfnis vorübergehend zu lombardieren. Die Lombardierung soll nicht bloß erfolgen zur Beschaffung englischer Devisen, sondern auch anderer Devisen. Die Bank von England soll dabei als Treuhänder fungieren. Nach der bisherigen Fassung des Bankgesetzes kann die Reichsbank, wenn Goldbestände in das Ausland verbracht werden, das Gold nicht mehr in ihrem Bestande aufbewahren und nicht mehr als Unterlage für Notenbekämpfung verwenden. Nun hat aber die Reichsbank nach wie vor unbeschränkte Verfügung über das Gold, solange es nicht lombardiert wird. Aus diesem Grunde wird in dem Gesetz bestimmt, daß als Teil des

Kassembestandes der Reichsbank im Sinne des Bankgesetzes auch solche Goldbestände gelten sollen, die bei einer ausländischen Zentralnotenbank niedergelegt werden, soweit sie jederzeit zur freien Verfügung der Reichsbank stehen. Solange sie lombardiert werden, sollen sie nicht als Bestand aufgeführt werden, sondern nur insoweit, als die Reichsbank die volle Verfügung hat. In den Ausschüssen des Reichsrats hat der Reichsbankpräsident Erläuterungen zu dem Gesetz gegeben, woraus hervorgeht, daß die Reichsbank auf diesen Gesetzentwurf einen sehr großen Wert legt und ihn als großen Fortschritt betrachtet. Sie verspricht sich davon wesentliche Erleichterungen der Transaktionen zur Beschaffung von Devisen und eine Einschränkung der Spekulation und erblickt darin schließlich einen wichtigen Schritt nach vorwärts im Zusammenarbeiten der Zentralnotenbanken und damit einen wirtschaftlichen Fortschritt des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt überhaupt. Es wird ausdrücklich betont, daß die Niederlegung des deutschen Goldes bei der Bank von England nicht den Zweck haben soll, Reparationszahlungen zu leisten, sie solle lediglich den Zahlungsmechanismus und die Beschaffung von Devisen erleichtern.

## Ein falscher Weg

### Außerordentliche Erhöhung der Mietssteuer

Vor einem halben Jahr ist das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, also eine Mietssteuer, beschlossen worden. Es war eine Abgabe von 5 Prozent des Nutzungswertes nach der Friedensmiete festgesetzt worden. Bevor noch die Abgabe in den Ländern zur Erhebung gekommen ist, schlägt die Reichsregierung ihre fünffache Erhöhung vor. Die Länder sollen 25 Prozent und die Gemeinden zum mindesten ebensoviel erheben dürfen. In der Donnerstagssitzung des Reichsrats wurde der Vorschlag der Regierung mit Mehrheitsbeschluß angenommen.

Es ist ohne Zweifel dringend notwendig, daß endlich energig an die Förderung des Wohnungsbaues herangegangen wird. Aber der Weg, den die Regierung zu dem Zwecke einschlägt, um größere Mittel flüssig zu machen, ist durchaus falsch. Die prozentuale Erhebung eines Zuschlags zur Friedensmiete bedeutet nichts anderes, als daß die Kosten für den Wohnungsbau in der Hauptfläche von der minderbemittelten Bevölkerung getragen werden sollen. Es ist eine indirekte Steuer in ihrer denkbar schärfsten Form. Der prozentuale Anteil der Ausgaben für die Miete verringert sich mit der Steigerung des Einkommens. Deshalb muß auch die Mietssteuer um so ungerechter wirken, je geringer das Einkommen ist.

Mittel für den Wohnungsbau können geschaffen werden durch Heranziehung der reichenden Kreise und durch Ersparnisse an unproduktiven und unnützen Ausgaben. Man denke nur an die Milliarden, die für die Reichswehr, für die übergroße Menge der Sicherheitspolizei, für die zahllosen Einheiten in den Verwaltungen des Reichs und der Länder jahraus, jahrein hinausgeworfen werden. Nimmt man hier kräftige Abstriche vor und geht man endlich energig an die Erfassung der Kapitalwerte heran, so könnte in kurzer Zeit für den Wohnungsbau soviel geschehen, daß es nicht notwendig wäre, den Armen der Armen neue Pfadereien zuzuwenden.

## Die Legende vom Dolchstoß

Generalmajor Freiherr von Schoenaich schließt im „Berliner Tageblatt“ seine Betrachtungen über die Ursachen der militärischen Niederlage mit einem Artikel ab, dessen wesentlicher Inhalt auf folgenden Gedankengängen beruht: Die sozialistische Agitation im Heer war nicht die Ursache, sondern die Folge der Niederlage, und wenn die Agitation Nährboden fand, so lag das an den schweren sozialen Fehlern, die die Regierungen vor und im Kriege begangen hatten. Von einem „Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres“ kann nicht gesprochen werden. Das Heer war zwar über alle Massen heldenhaft, aber leicht nach den gestiegenen Begriffen war es nicht. Denn der wirkliche Sieg wird durch den Enderfolg errungen, und dieser blieb dem deutschen Heere verweigert. Nach dem Zusammenbruch der bulgarischen Front war Deutschland auf Gnade und Ungnade der Entente ausgeliefert. Was von diesem Augenblick ab in bezug auf die Agitation im Heere geschehen ist, konnte an dem Ausgang des Krieges nichts mehr ändern.

Daß an ein Weiterkämpfen im Westen nicht mehr gedacht werden konnte, ergibt sich vor allem daraus, daß neben den fortgesetzten Angriffen auf den nördlichen Teil der Westfront die Franzosen eine neue Offensive beiderseits von Metz vorbereitet hatten. Für diese Aufgabe waren allein dreißig frische französische und amerikanische Divisionen bereitgestellt, dreißig weitere Divisionen standen für den beabsichtigten Angriff in Reserve. Das deutsche Heer verfügte dagegen über frische Divisionen nur überhaupt nicht mehr. Wäre der Angriff beiderseits von Metz Mitte November 1918 erfolgt, und in Verbindung damit unsere nördliche Front in Richtung auf die 180 Kilometer entfernte holländische Grenze durchbrochen worden, dann hätte dem noch tief in Frankreich und Belgien stehenden deutschen Heere eine unübersehbare Katastrophe gedroht. Daß dieser Angriff erfolgt wäre, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte, steht außer jedem Zweifel. Durch die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, so hart sie auch waren, blieb Deutschland vor einem unabwehrbaren Schrecken bewahrt.

Generalmajor von Schoenaich erinnert schließlich daran, daß bei einer leidenschaftlichen Prüfung der Dolchstoßlegende das Buch von Walter Lambach: „Ursachen des Zusammenbruchs“ nicht verschwiegen werden darf. Lambach, der eine führende Stellung im deutschnationalen Handlungsgehilfenverband bekleidet, während des Krieges an der Front stand und jetzt deutscher Reichstagsabgeordneter ist, also ein gewiß unverdächtigter Kronzeuge, schreibt in der genannten Schrift:

„Wie schon Jahrzehnte geflügelt waren mit Reimen zum Kriege, so gab es auch nach keinem Ausbruch allenthalten Reime zu einer deutschen Niederlage. Nur abfällige Windheit kann sie übersehen. Aber sie hätten uns den Sieg nicht entreißen können, wenn die sie bekämpfenden Gegenkräfte in uns, die den deutschen Sieg in sich trugen, die stärkeren geblieben wären. Diese zu pflegen und zu kräftigen, wäre Aufgabe der Lebenden gewesen. Aber sie haben sie nicht erlitten. Gerade die Faktoren, auf denen unsere Stärke beruhte, wurden von oben her planmäßig zermürdet. Und so mußte kommen, was gekommen ist. Deutschland brach zusammen, nicht in jenen Elementen seines Wesens, die schon immer seine Schwäche gewesen waren, sondern am Verlangen dessen, was seine größte Stärke war. Es brach zusammen, ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Zerschlagungswort vollbracht haben. Sie wußten es heute noch nicht.“

Mit Recht schließt Generalmajor von Schoenaich seinen Artikel, daß der Dolchstoß Legende und nicht Geschichte ist.



## Eine Erklärung Paul Levis

Mit dem Ersuchen um Veröffentlichung geht uns folgende Erklärung zu:

Aus dem Abendblatt des „Vorwärts“ vom 12. d. Mts. sah ich zu meinem Erstaunen, daß eine Delegation der K. A. G. unter meiner Führung auf der Reise nach Leipzig sei, um mit dem Parteivorstand der U. S. P. D. über die Einigung zu verhandeln, und ich las zu meinem noch größeren Erstaunen in Ihrem Morgenblatt vom 13. d. Mts. die Bestätigung dessen.

Um dem Dalko zu begegnen, das die „Rote Fahne“ usw. erheben wird, bitte ich Sie, folgende Richtigstellung bekanntzugeben:

Am 11. d. Mts. telephonierte mich ein Genosse in meiner Krankestube, in der ich mich seit 14 Tagen befinde, an: Ein Genosse von der U. S. P. D. habe bei einer Genossin der K. A. G. angeregt, ob man sich nicht über eine mögliche Einigung unterhalten könne. Der Genosse hat mich, nächsten Tag zu diesem Zweck nach Leipzig zu fahren. Das lehnte ich schon mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand ab. Das ist alles, was ich weiß.

Ich weiß also: weder wer eine Delegation angemeldet hat noch deren Zusammensetzung, noch deren Auftrag, weder von wem sie ihn bekommen, noch wozu sie ihn erhalten hat. Nur eines weiß ich: weder von mir, in meinem, noch von der Zentralleitung der K. A. G. in deren Namen.

Ich bin also geneigt, die ganze Delegation in das Reich dessen zu verweisen, was man mehr treffend als deutsch als „Parteitagschmus“ bezeichnet.

Meine sachliche Stellung zu der Frage habe ich bereits mehrfach dargelegt und werde es schon nächste Woche wieder tun. Ich möchte damit diese Erklärung nicht belasten.

Berlin, den 13. Januar 1922.

Paul Levi.

## Sozialisierung mit Schrammelmusik

In der in Reichenberg (Böhmen) erscheinenden „Internationale“ kann man folgendes Inserat lesen:

Bororange!

Die Kom. Totalorganisations in Komotau veranstaltet

### Eine Nacht in Sowjetrußland

am 3. Febr. 1922 im Volkshaus.

### Großer Familien-Ball mit Maskenzutritt

Sozialisierung mit Schrammelmusik etc. durch die Sowjetregierung im Volkshause. III über III.

Hertzliche Einladung an alle Genossen und Genossinnen! Das Komitee.

Das „Volksrecht“ in Aufzig bemerkt dazu:

„Man muß schon sagen, daß es die Kommunisten herrlich weit gebracht haben. Die Sozialisierung mit Schrammelmusik ist fürwahr ein III, aber ein so trauriger, daß der ärgste Gelbe sich schämen müßte, würde er in einer solchen Weise die heiligsten Ideale der Arbeiterklasse herunterreißen. Vor soviel geistlicher Klarheit kann man nicht anders als sich in stauender Ehrfurcht zu verbeugen und die Verantwortung für eine solche „Unterhaltung den Reinrassigsten unter den Revolutionären zu überlassen.“

## Stresemanns Kyffhäuser

Die Deutsche Volkspartei steht angeblich mit beiden Beinen auf dem Boden der durch die republikanische Verfassung gegebenen Tatsachen. Sie bemüht sich sogar krampfhaft um die Teilnahme an der Regierung der Republik. Alle Beschuldigungen, die Partei sei reaktionär im monarchistischen Sinne, wurden von den Herren Stresemann und Genossen mit Empörung zurückgewiesen, auch wenn sie noch so begründet waren. Nun aber legt die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ ein offenes monarchistisches Bekenntnis ab in einem Artikel, in dem sie zur Flaggenfrage schreibt:

Kommt aber einmal der Tag, an dem es gelingt, unsere Fesseln zu zerreißen, dann werden wir auch unser heiliges Banner, dem unsere Väter schon die Treue geschworen, wieder über unseren Häuptern flattern sehen. Darum wollen wir es nicht für ewig begraben, wir wollen es bewahren in dem Kyffhäuser unserer Erinnerung. Dort soll es ruhen, wie jene Standarte, die dem Sarkophag unserer Kaiserin schmückt und der Dichtermund die Inschrift weihete:

Ich habe Tage des Glücks gesehen,  
Sah Deutschlands Ruhm, sah Deutschlands Bergehen.  
In Tagen des Glends, in Tagen der Schmach,  
Folge der seligen Herrin ich nach.  
Verbleiben will ich an dieser Statt,  
Bis das Reich wieder Krone und Kaiser hat.  
Herr Gott hilf!

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt von dieser Neuherung mit Befriedigung Notiz. Sie hat schon recht; denn offener kann ein Bekenntnis für den Monarchismus und damit eine Anerkennung seiner neuerdings beliebten Kampfmethode nicht ausgesprochen werden. Dennoch glauben wir, daß die altpreussischen Monarchisten der „Deutschen Tageszeitung“ an diesen Gesinnungsfreunden in kritischer Situation eine arge Enttäuschung erleben würden. Diese politischen Geschäftsmacher sind auf alle Fälle unzuverlässig, für die Republik sowohl, wie für die Reaktion. Sie werden den Mantel stets nach dem Winde flattern lassen; denn das einzige, was man ihnen von ihnen weiß, ist, daß sie von der nationalliberalen Partei Drehscheibe abstimmen. Mit besonderem Mißtrauen sind ihre Auslassungen allerdings dann aufzunehmen, wenn sie ihre Treue zur Republik beteuern. Das hat ihr Flaggenbekenntnis zum mindestens bewiesen, und diese Wirkung denken wir auch nicht abzuschwächen.

## Kämpfe in der Studentenschaft

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben:

Seitdem sich der Gesamtorganismus der deutschen Studentenschaft auf den Studententagen von Göttingen und Erlangen eine feste Gestalt zu geben versuchte, gehen erhitzte Kämpfe über den wichtigsten Punkt einer Studentenvorstellung der Jugendigkeit zur Studentenschaft. Die älteren Göttinger Bestimmungen, die das deutsch-böhmische Prinzip vertritt (nur aus Opportunitätsgründen konzipierte man die Zulassung der jüdischen Staatsbürger), wurde im Sommer 1921 durch eine freiere in Erlangen beschlossene Vorlesung ersetzt. Eine Anzahl deutscher Hochschulen ließ Sturm dagegen, Proteste gingen ein — vor einigen Wochen stellte deshalb ein Gremium von Rechtskundigen das Richtscheit der Erlanger Vorlesung fest.

An führender Stelle des neuerungsfeindlichen Teils der Studentenschaft stand die von der Majorität des deutschen Studenten Hochschulrings deutscher Art beherrschte Berliner Studentenvorstellung. Diese löst von fortschrittlichen Ideen unbeflügelten Gruppen hatten plötzlich ihre Sympathien für demokratische Selbstverwaltung entdeckt, d. h. für den Einbau eines reaktionären Studentenrates in die Republik.

Jetzt ist die logische Folgerung der dauernden Terrorisierung der Minderheitsgruppen eingetreten. Die letzte Sitzung der Berliner Studentenvorstellung hatte sich mit den verfassungsmäßig im Januar stattfindenden Neuwahlen zu beschäftigen. Anträge der Minderheiten, die eine Verschiebung der Wahlen bis zur Regelung des Verfassungsvertrages oder Anpassung der Verfassung der Berliner Studentenschaft an die Erlanger Bestimmungen verlangten, wurden abgelehnt. Darauf legte die Minderheit ihre Ämter nieder und verließ den Sitzungssaal — der Hochschulring deutscher Art tagte unter sich weiter, beschloß Ende Januar zu wählen und nahm noch schnell eine Ehrenordnung an, der die Wahrung studentischer Ehre obliegt.

Unter den gegebenen Umständen lehnen die Gruppen der Minderheit ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Hochschulring deutscher Art ab und betrachten die Wahlen als dessen interne Angelegenheit.

## Arbeiter u. Angestellte Berlins

Sonntag, den 15. Januar 1922

vorm. 10 Uhr, im Großen Schauspielhaus

# Große internationale Kundgebung für die Verbrüderung des Proletariats gegen Gewaltfrieden und Kriegsbege

Es werden sprechen: Paul Faure, Pierre Renaudel, Cascha Grumbach aus Frankreich, Robert Grimm aus der Schweiz, Friedrich Adler, Oesterreich, Oswald Hildebrand, Tschekoslowakei, Abramowitsch, Rußland

Zur Deckung der Unkosten wird 1 Mark Eintritt erhoben

Genossinnen und Genossen, sorgt für Massenfesuch!

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

Die Sozialistische Proletarier-Jugend beteiligt sich geschlossen an dieser Kundgebung. Treffpunkt der Jugend 9 Uhr am Begasbrunnen (Schloßplatz)

## Jagows Urlaubsgesuch abgelehnt

Herr v. Jagow, der zurzeit die ihm auferlegte Festungsstrafe in Gollnow i. Pommern verbüßt, hatte zu Beginn dieses Monats gegen Sicherheitsleistung von 500 000 M. die Gewährung eines 14tägigen Strafurlaubs zur Erledigung dringender wirtschaftlicher Angelegenheiten nachgesucht. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat das Reichsjustizministerium dieses Urlaubsgesuch abschlägig beschieden.

## Einigung über das Arbeitszeitgesetz

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates kam es, wie den B. V. R. mitgeteilt wird, am 12. Januar 1922 zu einer Einigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über den am 4. Januar mit geringer Mehrheit zur Annahme gelangten Arbeitsgeberantrag, der bei den Beratungen des Arbeitsausschusses für das Arbeitszeitgesetz die Einbeziehung der in § 4 ausgenommenen Arbeiterkategorien vermeiden wollte. Es gingen verschiedene Anträge von beiden Seiten ein, die schließlich nach kurzer Unterbrechung der Sitzung zugunsten folgenden vermittelnden Vorschlages von Arbeitgeberseite zurückgezogen wurden:

Der Sozialpolitische Ausschuss beschließt, den Unterausschuss zu beauftragen, den von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf mit größter Beschleunigung weiter zu beraten und den Unterausschuss auf 12 Mitglieder zu verstärken.

Der Antrag einstimmige Annahme, so daß nunmehr die Beratungen des Arbeitsausschusses in vollem Umfange wieder aufgenommen werden können.

## Erhöhung der Gütertarife

Berlin, 13. Januar.

In der heutigen Sitzung des vorläufigen Reichseisenbahnrates wurde die Vorlage der deutschen Reichsbahn zur Erhöhung des Eisenbahn-Güter- und Tierariffs angenommen. Die Vorlage sieht im ganzen eine Erhöhung 33% Prozent im Durchschnitt vor. Die Erhöhung erstreckt sich nicht nur auf die außerordentlichen Tarifklassen, sondern auch auf die Ausnahmeariffe, insbesondere auf den Kohlenausnahmetarif. In der Sitzung selbst wurde eine große Reihe von Wünschen und Anregungen der Interessenten aus den verschiedensten deutschen Gegenden und Wirtschaftskreisen vorgetragen. Die Reichsbahn lagte die Prüfung und so weit angängig beschleunigte Durchführung zu.

## Wohnungsbau und Baustofffrage

Von zuständiger Stelle wird den „B. V. R.“ geschrieben: Infolge der weiteren Steigerung der Lohn-, Transport- und Baukosten wird der Wohnungsbau in der kommenden Bauperiode auf erneute Schwierigkeiten stoßen. Um dem Baustoffmangel, besonders dem Mangel an Ziegeln, zu begegnen, wird es vielleicht notwendig sein, in vermehrtem Umfange auch auf andere bewährte Baumweisen zurückzugreifen. Unter den Naturbaumweisen wird der Lehmbau, vor allem auf dem Lande, Bedeutung behalten, namentlich dort, wo Lehm auf der Baustelle vorhanden ist und andere Baustoffe wegen hoher Transportkosten nicht herangeschafft werden können. Neben dem Lehmbau haben sich, wie in einem Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt hervorgehoben ist, auch eine Reihe anderer Bauverfahren als wirtschaftlich und brauchbar erwiesen, besonders die Baumweisen mit Ziegelhohlmauerwerk und Hohlsteinen, mit Schlackensteinen und Schlackendecken. Um die mit diesen Baumweisen gewonnenen Erfahrungen zu erweitern, zu sammeln und der Bauwirtschaft nutzbar zu machen, sollen die von dem preussischen Minister für Volkswohlfahrt geschaffenen Einrichtungen für Naturbaumweisen ausgebaut und ihre bisher auf die Förderung der Lehmbaumweise beschränkten Aufgaben auf das gesamte Gebiet

der wirtschaftlichen Baumweisen ausgedehnt werden. Ihre Bezeichnung wird demnach künftig in „Naturbaustoffliche Baumweisen“ geändert. Bei ihrer Ausfuhrung sollen künftig auch die staatlichen Ortsbauämtern mitwirken, die bei ihrer prüfenden und beratenden Tätigkeit Gelegenheit haben, die Verbindung zwischen den Bauleitenden und den Baustoffstellen zu vermitteln.

## Agarische Umgangformen

Ueberfall auf der Landstraße — Ein Angreifer erschossen

Der Klassenkampf in Pommern verschärft sich zusehends. Die von den Deutschnationalen entfachte Hege gegen die um ihre politische und wirtschaftliche Freiheit schmerzlichen Landarbeiter führte schon wiederholt zu folgenschweren Zusammenstößen. Die Tätigkeit der Organe „Banden und Kossbacheiden“ läßt sonderbare Früchte reifen. Verbündeter Haß beherrscht nicht unerhebliche Teile der Besten, der bei Gelegenheit zum Durchbruch kommt und in Tötlichkeiten ausartet. Ein Beispiel dafür schildert die folgende Zuschrift des Deutschen Landarbeiterverbandes:

„Von einem sozialdemokratischen Bezirksleiter erschossen“ lautet die Ueberschrift einer Notiz, die durch die deutsche nationale Presse Pommerns geht. Es wird darin behauptet, daß nach einer Landbundesversammlung die drei Brüder Biele am Dienstag, den 3. Januar 1922 nach Plathe fuhren, wo es in der Diskussion zu einem Zusammenstoß mit dem Bezirksleiter des sozialdemokratischen Landarbeiter-Verbandes Manthei gekommen war. Als nach der Versammlung die Brüder Biele auf ihrem Wagen nach Hause fuhren, trafen sie unterwegs Manthei und einen sozialdemokratischen Redner vom Landarbeiter-Verband, welche letzterer sie hat, sie auf dem Wagen mitzunehmen. Die Brüder Biele entsprachen der Bitte. Als sie weiterfuhren, fiel einem der Brüder der Hut vom Kopfe, und er stieg ab, um den Hut abzuheben. Da rief plötzlich Manthei: „Hände hoch oder ich schieße!“ und gab mehrere Schüsse ab, von denen zwei den Bauernoutbesten Richard Biele trafen; der eine ging in die Brust und führte den sofortigen Tod herbei, der andere traf den Arm. Ein anderer der Brüder Biele wurde durch einen Schuß am Bein verletzt. Manthei entfloh unter Zurücklassung seines Fahrrades, stellte sich dann aber dem Landjäger in Wismig.

So die deutschnationale Lokalpresse. Wie sich der Vorgang in Wahrheit abgespielt hat, wird von einem Augenzeugen in folgendem Bericht geschildert:

„Manthei befand sich auf einer Agitationstour für den Deutschen Landarbeiter-Verband. Am Dienstag wanderten er und der Bezirksleiter Meyer aus Cammin auf der Landstraße, um nach Radeschütz zu einer Landarbeiterversammlung zu gelangen. Unterwegs wurden sie von einem Gespann überholt, worauf sich die von einer Landbundesversammlung heimkehrenden Brüder Biele aus Plathe befanden. Von diesen wurde Meyer aufgefordert, mit auf dem Wagen Platz zu nehmen. Meyer kam dieser Aufforderung nach, während Manthei auf seinem Rode fuhr. Die Brüder Biele stellten an Meyer die Frage, wohin er wolle. Er gab zur Antwort, daß beide zu einer Landarbeiterversammlung nach Radeschütz gingen. Da sagte einer der Brüder: „Aha, Spartakus! Ihr kommt aus gerade recht!“

Darauf drangen sie auf Meyer ein und schlugen ihm ins Gesicht. Meyer hatte die Empfindung, daß sein Leben bedroht sei. Manthei, der von seinem Fahrrad aus den Ueberfall beobachtete, rief den Brüdern zu: „Hände hoch oder ich schieße!“ Einen Augenblick hielten diese inne, dann aber brannen sie sowohl auf Meyer als auch auf Manthei ein. In der Notwehr gab Manthei mehrere Schüsse ab, die den einen der Brüder Biele töteten und einen anderen am Bein verletzten. — Manthei ist in Untersuchungshaft. Er hat sich selbst gestellt.“

Das sieht dem agrarischen Ausbeuterpaar ähnlich. Erst streichen sie die Vertreter der Arbeiterschaft und nötigen sie zur Abwehr, und dann suchen sie sie durch süßgenannte Berichte zu Mordern zu stemplein. Das ist ganz der „Geist“, in dem diese Gesellschaft ihren Kampf führt.

## Anarchistkongress in Berlin

Gegen jede Diktatur

In Berlin tagte in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr ein internationaler Anarchistenkongress. Es waren Vertreter aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Schweden, Norwegen, Holland, Spanien, Oesterreich, Bulgarien, Rußland, Sibirien, der Ukraine und China anwesend. Der bekannteste russische Anarchist Emma Goldmann hatte die deutsche Regierung die Entlassung verweigert. Unter den Anwesenden befanden sich auch ein ehemaliger Kommunist des Auswärtigen einer librischen Sowjetrepublik, die ihren Mittelpunkt in Irkutsk hatte, inzwischen aber unter die Volkswirtschaftsherrschaft gekommen ist, und der frühere Redakteur des „Golos Truda“, der lange in der Ukraine gearbeitet hatte und zwei Jahre in Moskau gefangen gewesen war. Beide hatten die russische Revolution mitgemacht und legten ihre Erfahrungen und theoretischen Auffassungen über revolutionäre Kampfmethoden vor dem Kongress dar.

Ueberhaupt scheint auf diesem Berliner Anarchistenkongress das russische Problem eine große Rolle gespielt zu haben. Bereits auf dem französischen Anarchistenkongress, der in Lyon am 26. und 27. November 1921 stattgefunden hat, hat man die Frage erörtert, wie man die in Rußland wegen ihrer Ideen und Propaganda mit Tod und Gefängnis bedrohten Anarchisten retten könnte. Eine sponore Entschliessung, die von den romanischen Vertretern vorgelegt wurde, verlangte ein Ultimatum an die Sowjetregierung mit der Drohung, an den bedeutendsten Vertretern der Sowjetregierung im Ausland sponore zu üben. Die Vertreter der nordischen Völker wünschten jedoch andere Maßnahmen: Bearbeitung der öffentlichen Meinung, Verweigerung jedes Zusammenwirkens mit der Sowjetregierung und allen Gruppen, die sich mit ihr solidarisch erklären. Aufruf an das russische Volk zur Selbstbestimmung. Doch hat man sich auf einen förmlichen Beschluß in dieser Frage nicht festgelegt.

Zur Frage der Diktatur nahm der Kongress einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der internationale Anarchistenkongress zu Berlin 1921 konstatiert mit Genugtuung, daß die Anarchisten aller Länder gegen jeder Diktatur sind. Die Ereignisse in Rußland haben die Nichtigkeit der anarchistischen Auffassung über die Diktatur noch bestätigt. Geführt auf diese Erfahrung, erklären die Anarchisten, daß sie mehr denn je Feinde jeder Diktatur sind, sei es einer Diktatur von rechts oder von links, der Bourgeoisie oder des Proletariats.“

Streik in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Am Freitag hat der seit einiger Zeit erwartete Streik in der Schwarzwälder Uhrenindustrie begonnen, an dem ungefähr 35 000 Arbeiter beteiligt sind. Es sollen neue Einigungsverhandlungen eingeleitet worden sein.

„Ach wenn's doch wäre! Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Sowjetregierung aus Geldmangel sich genötigt sieht, alle Subventionen an bolschewistische Blätter im Auslande einzuziehen. — Ach wenn's doch wäre!“

Die Winaer Wahlkomodie. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen in Wina (an denen bekanntlich nur die Polen teilgenommen haben), wurden 15 Nationaldemokraten, 2 Sozialisten und der Demokrat Jan Bilubski, ein Bruder des Staatspräsidenten, gewählt. Nach Wählermeldungen aus Wina haben die Vertreter Japans und Jugoslawiens bei der alliierten Kontrollkommission erklärt, es sei bei den Wahlen zu „einigen Ungerechtigkeiten“ gekommen.







Der Mensch ist gut

Ein Spaziergang durch die Gesellschaft

Ja, der Mensch ist gut. Das kann man, wenn man nur will, jeden Tag feststellen. Für die Armen, Alten, Invaliden, Witwen, Waisen, Arbeitslosen, Obdachlosen wird gesorgt, im Namen der Gesellschaft...

In den Stadtbahnhöfen in der Schilderstraße befindet sich ein Tierhort. Tierfreunde, zusammengeschlossen im Tierchutz-Verein, haben ihn gegründet und unterhalten ihn. Mustergütlich eingerichtet ist die Geschichte. Herrenlose Hunde, Katzen usw. sind in reinlichen Ställen mit Auslauf und reinlichem Nachtlager untergebracht.

In der Fröbelstraße ist ein Hof für obdachlose Menschen. Wände gehen, schlürfen und wanken die Glendgestalten dahin. Das große Tor schludert alle. Drinnen dürftige Lagerstätten, zerfallene Betten, Kasse und Wannen. Angenehme Ruhe! Die Kranken haben in vielen Fällen keine Kleider, die schmutzigen Hemden tragen sie wochenlang auf dem Leibe.

In einer Mietkammer des Nordens im Luzegebäude, drei Treppen hoch, wimmert Tag und Nacht seit Wochen eine Professorin. Fortgeschrittener, unheilbarer Unterleibslebens, Schmerzensschreie der gequälten Kreatur zerreissen die Ruhe der Nacht.

Ein Hauswirt vom Mieter erschlagen. Eine Streitigkeit zwischen einem Hausbesitzer und einem seiner Mieter, bei der es sich um eine geringfügige Geldsumme handelte, hat dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge zu einer Bluttat geführt, die für den schwerermundeten Hauswirt einen tödlichen Ausgang nahm.

Ueber den Hergang wird berichtet: Der in der Pestalozzi-Krahe 24 wohnende Hauseigentümer Oscar Runge wollte am vergangenen Montag vormittag von einem seiner Mieter, dem Kriegsinvaliden Bliesenia in dem Hause Kantstraße 53, die auf Grund der 70prozentigen Zuschläge zur Friedensmiete sich ergebende Differenz von 6,50 Mark für den Monat Januar erheben.

Eine städtische Nachtsteuer

Die Vergnügungssteuer im Auschub

Der zur Vorbereitung der neuen Vergnügungssteuerordnung eingesetzte Stadtverordneten-Ausschuss hat gestern in seiner 10. Sitzung die erste und zweite Lesung der den Reichsbestimmungen angepaßten Steuerordnungen beendet und die Steuerordnung im ganzen einstimmig angenommen.

Von besonderer Bedeutung für das Nacht- und Vergnügungsleben der Reichshauptstadt ist der Beschluß des Steuerausschusses, im § 42 der Steuerordnung auf Grund seiner eingehenden Beratungen eine besondere Hocker- oder Nachtsteuer einzuführen. In Stuttgart hat diese Steuer für Nachtischwärmer im ersten Monat 100 000 Mark erbracht; für Berlin erwartet man natürlich bedeutend höhere Erträge.

Für Veranstaltungen, die ohnehin vergnügungssteuerpflichtig sind und für die eine Anmeldung vorgeschrieben ist, beträgt die Nachtsteuer für die Gesamtdauer der Veranstaltung nach 1 Uhr nachts 3 Mark bei einem Eintrittsgeld bis 7 Mark, 10 Mark bei einem Eintrittsgeld bis 20 Mark, und 20 Mark bei einem Eintrittsgeld über 20 Mark.

Steuerpflichtig ist der Inhaber der Gastwirtschaft. Er hat die für die einzelnen Steuerstunden nötigen Mengen von Steuerkarten rechtzeitig von der Steuerbehörde zu beziehen und an die sämtlichen innerhalb der einzelnen Steuerstunden anwesenden Teilnehmer nach erfolgter Entwertung zu verabreichen.

Die Schöneberger Lebensmittelschiebungen

Nachdem am späten Abend des Donnerstags noch der Schöneberger Kaufmann Max Suck verhaftet worden war, wurde heute früh auch der Inhaber der Firma „Ruchensant“, Willi Frank, in Untersuchungshaft eingeliefert.

Die peinlich die Untersuchung mit der der Revisor Hannke im neuen Rathaus in Schöneberg seit mehreren Wochen beschäftigt ist, gewissenen Leuten ist, geht daraus hervor, daß ihm aus seinem Bureau Belegstücke entwendet worden sind, so daß er kein Arbeitszimmer mit Sicherheitsvorkehrungen versehen mußte.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Heute spricht im Bürgersaal des Berliner Rathauses abends 7 Uhr Schulrat Dr. Hildegard Wegscheider-Fiegler über: „Heldenverehrung und Völkerverehrung in der Schule.“

Im Banne des Okkultismus

Zur Affäre Weber-Robine

Der angehende Professor Friedrich Weber-Robine leidet dem „Vorwärts“ zu der Selbstmordaffäre des Fräulein Gertrud Müller-Höhling, in der keine Person bekanntlich eine noch nicht ganz geklärt Rolle spielt, folgende Darstellung:

Fräulein Gertrud Müller-Höhling stammt aus einer offensichtlich mit Geisteskrankheit erblich belasteten Familie. Ihr Vater starb an Typhus, zwei Geschwister von ihr endigten durch Selbstmord. Sie selbst hatte in früheren Jahren, ehe sie in den Orden der Okkultisten eintrat, bereits dreimal Selbstmordversuche gemacht. Die Behauptungen, er hätte es dem kritischen Weihnachtsabend in einem Vortrag mehr oder minder verdeckte Aufforderungen an die weiblichen Vereinstamen erteilt, ließ sie trotz aller erotischen Gebiete zu lauen, verstreut Weber-Robine. Der Abend verlief in rein gesellschaftlicher Unterhaltung, Fräulein M. verließ in heiterer Stimmung das Haus.

Soweit der Herr Oberleutnant und Professor. Es bleibt immerhin abzuwarten, ob seine Darstellung einen Wert besitzt oder am Ende ebensowenig taugt wie der amerikanische Professortitel, den sich jeder, der über das nötige Kleingeld verfügt, bekanntlich kaufen kann.

Die Kriminalpolizei erucht alle Personen, die mit Weber-Robine zu tun gehabt haben und sich durch ihn für geschädigt halten, sich bei Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 107d des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Vom Bau der Nord-Südbahn

Durchführung der Einheitsklasse

Die Verhandlungen über die Fortführung des Baues der Nord-Südbahn durch eine Aktiengesellschaft und die Führung des Betriebes auf der Stammtrasse sind soweit fortgeschritten, daß nach langwierigen Verhandlungen jetzt ein Vertragsentwurf fertiggestellt worden ist, der demnach der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zugehen wird.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Jäger. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Er schwieg und sie beharrte: „Du machst dir einen guten Ruf. Und das ist angenehm für mich.“ Coigny, darauf bedacht, sich die Gunst beider Teile zu erhalten, vermittelte: „Herr Real setzt in der Tat viel aufs Spiel, wenn er seine Ideen mit solcher Strenge ausdrückt, so ebel diese Ideen auch sein mögen.“

„Und schließlich wirst du noch in Verdacht geraten.“ „In welschen Verdacht?“ „Ein Spießgeselle dieses Lumpengesindels zu sein. Du weißt, sie wissen sich ihre Leute auszusuchen, und sie zahlen freigebig.“ Coigny fügte liebenswürdig bei: „Man glaubt nicht, welcher Ränke sie fähig sind. Jedesmal, wenn einer in Frankreich versucht, das Vertrauen zum Heere zu untergraben, humanitäre und pazifistische Gedanken aufzumähen... ich sage das natürlich nicht im Hinblick auf Sie, verehrter Freund... mit einem Wort, den Sieg zu verhindern, die Arbeiter aufzuwiegen, uns zur Faulheit, zur Schwäche, zum Bolschewismus zu verleiten...“

holländischen Staatsangehörigen Spoelstra, der der Verletzung der Neutralität angeklagt war, weil er brieflich über englische Grausamkeiten berichtet hatte.) Sie haben Gräber geschändet. „Die Engländer haben meine Waren angezündet, mein Vieh geraubt und meine Felder zerstört. Sie haben das Grab meines Mannes geöffnet und den Ring von seinem Finger gestohlen.“ (Ausgabe der Witwe Bernhard Shaw vor demselben Gerichtshof.) Sie haben Verwundete hingerichtet. Nach der Schlacht von Danterlak wurde ein Feldwebel, namens Meyer, verwundet gefangen genommen. Man beschaffte ihm sein Grab zu graben. Er weigerte sich. Die Engländer peitschten ihn, bis er gehorchte. Dann festelten sie ihn, hielten seinen Mund durch ein Stück Holz geöffnet, töteten ihn durch einen Revolverstich in den Hals und begruben ihn, obgleich er noch nicht ganz tot war. Der Fall des Feldwebels Meyer war der Gegenstand reiner entrüsteter Beschwerde des Generals Botha an Lord Roberts.



